

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/218

Bonn, den 15. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Willy Brandt in Bayern

84

Das staatspolitische Engagement der Sozialdemokratie

Eine Reportage von Wolfgang Schulz

2 - 2a

Höcherls Erzählungen

69

Augenauswischerei statt Agrarpolitik

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen), MdB

3 - 4

Finanznot der Gemeinden - ein internationales Problem

63

Das Beispiel New York als Warnung für die deutsche Politik

Von Dr. Günther Müller, MdB

+ + -

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Friedensvertragliche Regelung vorbereiten
Niemand nimmt uns die Sorge ab
Leidenschaftlich und klug
Blauer Faß für Besucher aus Ostdeutschland
Vertreibungsschäden gestrichen
Förderung des Deutschunterrichts
Poesie in Mundart

+ + +

Willy Brandt in Bayern

Das staatspolitische Engagement der Sozialdemokratie

Eine Reportage von Wolfgang Schulz

Zu den rund 1 000 km, die Willy Brandt schon an zwei Tagen vergangener Woche als "Wahlkämpfer" in der Oberpfalz, Niederbayern, Schwaben und Oberbayern zurücklegte, kamen am Montag dieser Woche weitere 500 km in Franken hinzu. Vom Großraum Nürnberg-Regensburg bis dicht an die Zonengrenze bei Coburg und Kronach war Willy Brandt - abends durch dichtes Schneetreiben aufgehalten - bis drei Uhr morgens unterwegs. Überall drängten sich die Menschen in und vor den Sälen; in der vergangenen Woche füllten 3 500 Zuhörer den Oberlandsaal im "schwarzen" Weilheim, dem Wahlkreis von Franz Josef Strauß.

Willy Brandt geht kaum auf die Probleme der bayerischen Landespolitik ein: "Das können die, die sich um Sitze im bayerischen Landtag bemühen, viel besser." Stattdessen antwortet er auf die Fragen, die alle Zuhörer bewegen: "Wie sieht es mit der Bonner Krise aus? Wie soll es weitergehen?"

Bonn: Krise der CDU/CSU

Wenig Wahlkampfgegs - das ist der erste Eindruck. Der Vorsitzende der SPD hält beinahe ein staatspolitisches Kolleg in "Demokratie" und "Aufgaben der Bundesrepublik anhand des SPD-Sachprogramms".

Nüchtern ist die Feststellung: "Die Bonner Krise ist nicht eine Personenkrise, sondern eine Krise der CDU und der CSU." Lange hätten die beiden Parteien so getan, als seien sie der Staat. Jetzt müßten sie einen Prozeß der Selbsterkenntnis und der Regeneration durchmachen; niemand könne ihnen dabei helfen. Heftiger Beifall, wenn Willy Brandt ausruft: "Die SPD kann viel, aber in diesem Prozeß kann sie der CDU und der CSU nicht auch noch als Blutspender dienen."

Die CSU und ihr Ruf nach "Ordnung in Bonn" wird mit der Bemerkung abgetan, man könnte meinen, daß die CSU in Bonn in der Opposition sitze. "In Wahrheit hat die CSU seit 1949 kräftig in Bonn mitgemischt; sie gehört seit 1963 der Regierung Erhard an, und noch immer sitzen fünf CSU-Minister in der Regierung!"

Der Kanzlerkandidat der Unionsparteien wird eingestuft als "Kandidat der Mehrheit einer Minderheit im Bundestag"; der Kandidat müsse sich aufgrund eines Sachprogramms erst einmal um eine Wahrheit bemühen.

SPD-Sachprogramm im Vordergrund

Punkt für Punkt stellt Willy Brandt das Sachprogramm vor seine Zuhörer, er doziert beinahe, getreu seiner eigenen Forderung, "man braucht uns doch die Dinge nicht zu verniedlichen. Die künftige Bundesregierung muß darstellen, daß die Verhältnisse in der Welt sich verändert haben." Einem mündigen Bürger müsse die Wahrheit gesagt werden über die sich ändernde Rolle Deutschlands in der Welt und über den desolaten Zustand der Staatsfinanzen.

Brandt zwingt seine Zuhörer zur Konzentration, wenn er über Stabilität und Wachstum der Wirtschaft, über den Haushalt, die Neuordnung des Verhältnisses von Bund, Ländern und Gemeinden spricht; nur kurze Unterbrechung findet der sachliche Vortrag durch den Hinweis auf "politische Weihnachtsmänner, die die Wahlgeschenke noch vor der Bescherung wieder einsammeln mußten".

Versöhnung mit Osteuropa

Beschwörend und engagiert spricht Willy Brandt über die Deutschlandpolitik, insbesondere im Zonengrenzgebiet weist er auf die Gemeinsamkeit der dortigen Bewohner mit den Berlinern hin, die beide wissen, daß "der Fuß in der Tür bleiben muß"; realistisch und nüchtern verkündet er seine bekannte These "kleine Schritte sind besser als große Worte".

Immer wieder wird deutlich, daß der Name Willy Brandt mit Berlin und seinen Bemühungen verbunden ist, die unmenschlichen Auswirkungen der Mauer zu mildern. Er kann aufgrund seiner Erfahrungen schon viele Jahre sagen: "Sonntagsreden sind nicht genug." Überall wird der Hinweis verstanden, daß er die Passierscheine für Berliner gegen "Widerstände im Osten und Westen" durchsetzen mußte.

Im logischen Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem werden die Fragen des westlichen Bündnissystems und der Beziehungen zu den östlichen Staaten mit den Themen "Verzicht auf nuklearen Ehrgeiz" und "Versöhnung mit Osteuropa" gestellt. - "Der Friede wird erst erreicht sein, wenn der Weg der Verständigung und der Versöhnung auch mit den östlichen Nachbarvölkern beschritten wird." Auch neugierige Beobachter, deren Reaktion zeigte, daß sie nicht SPD-Anhänger oder -Mitglieder sind, spenden begeisterten Beifall, ein ermutigendes Zeichen dafür, wie weit voraus viele Menschen im Lande manchen Politikern schon sind, die immer noch atomaren Mitbesitz oder Mitverfügung fordern und - wenn auch schon etwas verschämt - Themen des Kalten Krieges predigen.

Auch hier weist Willy Brandt auf seine jüngsten Erfahrungen hin: "Ich lasse mir von niemandem vorschreiben, mit wem ich spreche, wenn ich der Meinung bin, daß ein Treffen mit einem Vertreter einer der beiden Weltmächte dazu dient, Informationen zu geben, Informationen zu empfangen, wenn es darum geht, ein klein wenig dazu beizutragen, daß Haß ausgeräumt und Mißverständnisse beseitigt werden." - An allen Versammlungsorten findet auch ein vorsichtiger Hinweis auf dieses Thema intensivste Zustimmung.

Liquidation einer gescheiterten Politik

Willy Brandt schließt mit einem Appell an die bayerischen Wähler: Sie hätten am 20. November die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben - viele Menschen in Deutschland würden gern in Bundestagswahlen ihre Meinung zur Sommer Krise aussprechen. Bei den bayerischen Landtagswahlen haben wenigstens die Bayern die Gelegenheit, sich für die Liquidation einer alten, gescheiterten Politik durch eine neue, wahrhaftige, solide Politik zu entscheiden.

Höcherls Erzählungen

Augenauswischerei statt Agrarpolitik

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen), MdB

Je mehr die derzeitige Bundesregierung im Laufe der letzten Wochen und Monate in Schwierigkeiten geriet, desto großzügiger wurde mit der Wahrheit verfahren. Das gilt auch und gerade für die Agrarpolitik, wo der Bundestag nun schon seit Monaten über die Konsequenzen der jüngsten Serie von Beschlüssen des EWG-Ministerrats im unklaren gehalten wird. Um wenigstens in einen wichtigen Teilbereich hineinzuleuchten, hat die Bundestagsfraktion der SPD vor mehr als einem Monat eine Kleine Anfrage zur Milchpolitik eingebracht. Sie war mit 14 Fragen deshalb so umfangreich und so präzise, um jedwedes Ausweichen der Regierung zu verhindern. Die jetzt vorliegende Antwort von Bundesminister Höcherl geht trotzdem in wesentlichen Teilen am Kern vorbei oder ist sogar eindeutig falsch. Diese Beurteilung wird von sämtlichen Experten der Milchwirtschaft geteilt.

Folgende Kostproben mögen diese Feststellung beleuchten: Ausweichend ist die Antwort des Bundeslandwirtschaftsministers auf die Frage, welcher Erzeugermilchpreis aufgrund des EWG-Systems 1968/69 im Jahres- und Bundesdurchschnitt voraussichtlich erzielt wird. Höcherl erklärte dazu, die Bundesregierung rechne damit, daß der vom Ministerrat beschlossene Preis von 41,2 Pf/kg für Milch mit 3,7 Prozent Fett frei Molkerei "im Durchschnitt der rationellen Betriebe der Bundesrepublik annähernd erreicht wird".

- * Diese Art der Argumentation ist für die deutsche Landwirtschaft sehr aufschlußreich; sie läßt der Bundesregierung die Möglichkeit, heute propagandistisch herauszustellen, sie habe in Brüssel eine Erhöhung des Milchpreises durchgesetzt und morgen zu erklären, was diesen Preis nicht erreiche, arbeite nicht rationell.

Irreführend sind die Ausführungen zu der Frage nach den künftigen Nettoerlösen für die einzelnen Milchprodukte. Die Berechnungen der EWG-Kommission und die Angaben der deutschen Experten ergeben völlig andere Werte, die bedeutend niedrigere Einnahmen der Erzeuger erwarten lassen. Ausweichend und irreführend sind auch die Erklärungen des Bundeslandwirtschaftsministers über die Entwicklung der Verbraucherpreise für einzelne Erzeugnisse, wo zum Beispiel für Schmalz:

käse eine Verteuerung um maximal 1 DM/kg gegenüber den derzeitigen Preisen angegeben wird.

- * Tatsache ist dagegen, daß sich die Schwellenpreise - also der
- * Schutz an der Außengrenze, der auch im Inland realisiert werden
- * soll - z.B. bei Schnittkäse und Tilsiter um 1,33 DM/kg erhöhen
- * werden. Bei diesen Preisangaben von irgendwelchen Mittelwerten
- * für verschiedene Milchprodukte auszugehen, ist völlig unzulässig.

F a l s c h ist die Behauptung Höcherls, der Beschluß des EWG-Ministerrats, den Trinkmilch-Werkmilch-Ausgleich abzuschaffen und das Voraus der Trinkmilchverwertung auf 2 Pf/kg zu beschränken, habe "lediglich informativen Charakter". R i c h t i g ist stattdessen, daß es sich dabei um ein politisches Zugeständnis der Bundesregierung handelt, das in dieser Form den Erzeugern weniger und den Verbrauchern überhaupt nichts einbringt.

F a l s c h ist auch die Angabe, die Sicherung eines Milchrichtpreises von rund 39 Pf/kg ab Hof werde in der Gemeinschaft nur rund 2,4 Milliarden DM an Stützungsmitteln kosten. Bundesminister Höcherl stützt sich dabei auf Berechnungen der EWG-Kommission, die - wie er sicher nur zu gut weiß - längst überholt sind.

- * Nach den auch ihm zugänglichen Unterlagen dürften sich die Aufwen-
- * dungen aus dem EWG-Agrarfonds im mehrjährigen Durchschnitt allein
- * für Milch auf 2,6 bis 3 Milliarden DM belaufen. Beschwichtigungen
- * dieser Art werden dem Steuerzahler auf die Dauer nichts nützen.
- * Die europäische Milchrechnung muß doch eines Tages beglichen wer-
- * den.

Dieses Beispiel fragwürdiger Antworten der Bundesregierung steht nicht allein. Den ehemaligen Koalitionsabgeordneten, denen allmählich die Folgen der jahrelangen agrarpolitischen Immobilität unheimlich werden, ging es mit ihren Fragen auf dem Gebiet der Geflügelwirtschaft nicht anders. Man muß sich fragen: Wem ist eigentlich mit dem Verschweigen der offen zu Tage liegenden Fakten gedient? Allenfalls doch nur den parteipolitischen Interessen des bayerischen Wahlkämpfers Höcherl. Es kann für einen ehrlichen Politiker kein Trost sein, daß andere die Zeche bezahlen müssen. Diese Art von "Politik" hat gefährliche Konsequenzen für unser Landvolk und unseren Staat. Man muß ihr ein Ende machen und das so schnell wie möglich.

Finanznot der Gemeinden - ein internationales Problem

Das Beispiel New York als Warnung für die deutsche Politik

Von Dr. Günther Müller, MdB

Die Finanznot der deutschen Gemeinden und hier vor allem der großen Städte steuert einem Kulminationspunkt entgegen. In einigen Städten wurde der U-Bahnbau eingestellt. München wird 1967 statt der erforderlichen elf neuen Schulen nur noch zwei bauen können. Der Schichtunterricht nimmt zu und nicht ab, was dazu führt, daß diejenigen Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf eine private Volksschule schicken.

Man sieht diese Probleme überall in der Bundesrepublik. Eine Finanzreform - zum ersten Mal bereits 1952 durch den damaligen Bundeskanzler Adenauer angekündigt - sollte den Gemeinden helfen. Da aber diese Finanzreform nicht vor 1969 zu erwarten ist, stellt man Überlegungen an, wie man eine Soforthilfe erreichen könnte. Der amtierende Bundesfinanzminister hat in seiner Etatrede eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 25 % vorgeschlagen, von der zwei Drittel dem gemeindlichen Straßenbau zugute kommen sollen. Die damit zu erwartende Summe von 450 Millionen DM für die Gemeinden kann nur eine Übergangshilfe darstellen.

Die kommunale Finanznot ist international

Daß selbst Städte, in denen sprichwörtlicher Reichtum konzentriert ist, vor Finanzproblemen stehen, zeigt das Beispiel New York. Um Schulen, Krankenhäuser, Verkehr und öffentliche Sicherheit ist es schlecht bestellt, obwohl sich der Etat innerhalb von sieben Jahren mehr als verdoppelt hat: 4,6 Milliarden Dollar beträgt der Etat 1966. Der Etat 1968 endete mit einem Fehlbetrag von 450 Millionen Dollar, und die Schulden der Stadt sind auf über fünf Milliarden Dollar angewachsen.

Kolocho Verkehr

Die Hauptausgaben werden auch in New York vom Kolocho Verkehr verursacht. Das Beispiel New Yorks kann nur eine Warnung für die deutschen Großstädte sein. Die Zahl der Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel geht ständig zurück und läßt das Defizit dieser Betriebe steigen. Die Millionenstadt am Hudson verfügt über ein ausgezeichnetes U-Bahnnetz: bei den Hauptlinien viergleisig mit Eil- und Schnellzügen zu einem Ein-

heitstarif von 15 Cents. Trotzdem nimmt der individuelle Autoverkehr zu und verursacht täglich ein unentwirrbares Verkehrschaos. Je breiter die Straßen ausgebaut wurden, desto stärker nahm der Individualverkehr zu. Nur die Verwaltung der gebührenpflichtigen Tunnels und Brücken noch gewaltige Überschüsse, das Defizit des Stadtsäckels jedoch steigt.

Neue Steuerquellen

New York mußte neue Steuerquellen erschließen. Schon vor einigen Jahren sah sich die Stadt gezwungen, den Konsumenten beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen eine Steuer von 3 Prozent aufzuerlegen, zusätzlich zu den 2 Prozent, die der Staat New York für sich beansprucht. Weniger Glück hatte der New Yorker Bürgermeister mit seinem Vorschlag, die Börsenumsatzsteuer, die hier der Stadt zugute kommt, um 50 Prozent zu erhöhen. Wall Street drohte die Börse aus dem städtischen Bereich zu verlegen, so daß sich Bürgermeister Lindsay gezwungen sah, sich mit einer 25-prozentigen Erhöhung zufriedenzugeben, die immerhin 10 Millionen DM im Jahr mehr an Einnahmen bringt.

Der Teufelskreis

Als letztes Mittel wurde nun vor wenigen Monaten eine eigene städtische Einkommensteuer eingeführt. Da es auch in der Bundesrepublik im Rahmen der Finanzreform Pläne zur Einführung einer gemeindlichen Einkommensteuer gibt, sollte man die negativen Auswirkungen des New Yorker Beispiels gut beachten: Bürgermeister Lindsay wollte nicht nur die in New York Wohnenden besteuern, sondern alle, die in der Stadt tätig sind. Es war ihm klar, daß sonst gerade die Reichsten, die außerhalb der Stadt in den Vororten wohnen, von der Einkommensteuer befreit wären und der größte Teil der Steuer vom kleinen Mann aufgebracht werden müßte. Das Staatsparlament in Albany genehmigte diese Pläne jedoch nicht. - Die New Yorker müssen jetzt 2 Prozent zusätzliche Einkommensteuer bezahlen, während die Vorortbewohner nur zwischen 2/5 und 3/8 Prozent abführen sollen. In den ersten Monaten zeigten sich schon die Folgen: Die Abwanderung vor allem des Mittelstandes in die Vororte nimmt ständig zu. - Damit schließt sich aber der Teufelskreis der New Yorker Finanzen, denn die Abwanderung ist die Hauptursache der Finanznot. Unsere Finanzreform-Experten sollten sich das warnende Beispiel New York durch den Kopf gehen lassen, ehe bei uns Endgültiges beschlossen wird.